

# Es gibt zu viel Geld

*Rede von Beat Jans am ausserordentlichen Parteitag der SP AG vom 20.9.2016*

Letzte Woche sagte mir der Chef einer Inlandbank, es sei hart geworden für die Banken. Das Problem sei: die Zinsen seien zu tief und es gebe einfach zu viel Geld. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Das Problem ist, dass es zu viel Geld gibt.

Wie meint er das? Die Zentralbanken, allen voran die Europäische, fluten die Märkte mit Geld und senken die Zinsen. Sie wollen den Konsum anheizen, die stockende Wirtschaft ankurbeln. Der Effekt bleibt aber aus. Die EU kommt nicht aus der Krise. Die Konjunkturaussichten auch in der Schweiz bleiben verhalten.

Einzelne Länder wie Deutschland wachsen zwar. Aber nur auf Kosten anderer Länder wie Griechenland oder Spanien, die das exportbedingte Wachstum Deutschlands zwangsläufig mit Schulden finanzieren müssen. Für diese Schulden werden sie dann postwendend mit Sparauflagen und Abbauprogrammen bestraft.

Warum? Die Antwort ist klar. Weil das Geld nicht bei den Leuten ankommt. Das geschöpfte Geld landet bestenfalls bei Kapitalgebern, bei Immobilienhändlern, bei Aktionären. Dort bleibt es stecken, weil die Kaufkraft der Leute, weil die Absatzmärkte nicht wachsen. Was aber sicher wächst, ist die Vermögensschere, die Kluft zwischen den Reichsten und dem Rest. Eine absurde Entwicklung: Die einen wissen nicht mehr wohin mit dem Geld, und die anderen wissen nicht mehr, wie sie über die Runden kommen sollen. Selbst das World Economic Forum erkennt in der wachsenden globalen Vermögensungleichheit eines der grössten Risiken für die Weltwirtschaft. Die Balance ist gekippt.

Was macht jetzt die rechtsbürgerliche Mehrheit landauf, landab? Sie legt noch einen drauf. Sie beschenkt die Profiteure, die Unternehmer und Aktionäre und verordnet den anderen eine Rosskur. Diese Politik trägt so schmeichelhafte Namen wie Stabilisierungsprogramm, Sparrunde, oder wie im Kanton Aargau oder besonders pervers: Entlastungspaket. Als handle es sich um ein Geschenk, das uns, wenn wir es endlich aufschnüren dürfen, Erholung und Freude bringt.

Als würde das Kürzen von Ergänzungsleistungen, von Prämienverbilligungen, von Renten, das Verkleinern von Schulklassen, von Forschungsausgaben und Staatslöhnen irgend etwas anderes bringen als Sorgen für die Betroffenen - und für das Gewerbe. Denn faktisch bedeutet es immer, dass sich viele Leute weniger leisten können. Die Kaufkraft wird weiter geschwächt und mit ihm das Gewerbe, das auf die Inlandnachfrage baut.

Der Bundeshaushalt wird derzeit regelrecht an die Wand gefahren. Als Folge zahlreicher von uns bekämpfter Entscheide erwartet der Bundesrat im Finanzplan 2018-2020 ein Defizit von 1,4 bis 2 Milliarden Franken pro Jahr und kündigt serienweise Kürzungen an: Bei Bildung, Entwicklungshilfe oder eben bei Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen..

Die rechtsbürgerliche Mehrheit hat im Nationalrat völlig das Mass verloren. Sie hat die Ausgaben für Armee und Strasse aufgestockt, gleichzeitig eine Unternehmenssteuerreform (USR III) durchgedrückt, die allein beim Bund ein Loch von 1.4 Mia Franken reisst. Sie hat in der Kommission beschlossen die Banken und Versicherungen zu beschenken und die Abschaffung der Stempelsteuer unterstützt. Letztere kostet den Bund jährlich etwa 2.3 Mia Franken. Und im Nationalrat wurden gar Steuergeschenke an Baulandverkäufer von 0.4 Mia durchgesetzt. Alles inbegriffen kosten uns diese Mindereinnahmen gegen 7 Milliarden Franken. Selbst wenn der Bund alle Angestellten entlassen würde, könnte er diese Mindereinnahmen nicht einsparen.

Das Haushaltsportemonnaie wird mit gigantischen Steuergeschenken an Grossaktionäre und Baulandbesitzer geleert. Allein SVP-Nationalrätin Martullo profitiert persönlich mit zig Millionen davon. Und dann wenn das Loch durchschlägt, dann hat die Mehrheit aus SVP, FDP und CVP nur eine Antwort: Die Schulkinder, die Studierenden, die bedürftigen Rentnerinnen, die Menschen in Entwicklungsländern, die Familien, die ihre Krankenkassen nicht mehr bezahlen können, sollen gefälligst bluten. Alle, nur die Bauern nicht. Und all dieser Kahlschlag, wir haben es eingangs gehört, obwohl 'es zu viel Geld gibt'.

Das ist der Grund, warum wir die AHV-plus Initiative und das Referendum gegen die USR III aus voller Überzeugung unterstützen und bis zum letzten Augenblick dafür kämpfen müssen. Beides sind wichtige Massnahmen gegen die wachsende Umverteilung von unten nach oben.

Bei euch im Kanton Aargau sieht es ja nicht besser aus. Ihr blickt einem gewaltigen Haushaltsdefizit von mehreren hundert Millionen Franken entgegen. Die rechtsbürgerliche Mehrheit hat die Steuertarife für juristische Personen 2006 und 2012 gesenkt und den Leuten das Blaue vom Himmel versprochen. Aber nein, nicht die erwarteten Verbesserungen sind eingetroffen, sondern ein riesiges Finanzloch. Anstatt die Verantwortung dafür zu übernehmen, die gemachten Fehler zuzugeben und zu korrigieren, schieben SVP, FDP und Co. die Missstände ständig den Linken zu. Als ob wir hier die Mehrheit hätten. Die Verantwortung für das Schlamassel des Kantons Aargau trägt die rechtsbürgerliche Mehrheit und nur sie. Wenn wir die Mehrheit hätten, sähe es besser aus.

Wir beweisen das zum Beispiel in Basel-Stadt. Die SP sorgt dort für solide öffentliche Finanzen. Vor 12 Jahren, als ich noch Präsident dieser Kantonssektion war, war Basel-Stadt sehr hoch verschuldet und schrieb Jahr für Jahr Defizite von Hunderten Millionen Franken. Hinzu kam eine marode Pensionskasse und ein riesiger Sanierungsbedarf bei Schulen und Spitälern. Dann kam die Überraschung: Die SP und die Grünen spannten

zusammen und holten 2004 die Mehrheit in der Regierung, die bis dato 50 Jahre lang fest in bürgerlicher Hand war. Statt 2 stellte Rot-Grün seither 4 der 7 Regierungsräte. Und ich höre es noch in meinen Ohren, als wäre es gestern gewesen. Die rechtsbürgerlichen Parteileitungen verkündeten die Katastrophe. Sie prophezeiten, dass die endlosen Begehrlichkeiten der Linken die Staatsfinanzen des Kantons in den Abgrund reissen würden. Von wegen. Seit Rot-Grün in Basel die Mehrheit hat, schreibt der Kanton wieder schwarze Zahlen. 12 Jahre lang ohne Unterbruch. Unter der Federführung der roten Finanzministerin Eva Herzog hat Rot-Grün die Schulden um Zweidrittel abgebaut und die Pensionskasse auf gesunde Beine gestellt. Mit einer sozialen Steuerreform konnte sie sogar das Existenzminimum von den Steuern befreien und die unteren Einkommensschichten entlasten. Die Steuertarife der Reichsten und der Unternehmen hingegen blieben unangetastet. Die Sozialausgaben mussten nicht gekürzt werden. Der Kanton hat gar investiert und es geschafft, den Anteil der Familien in der Sozialhilfe zu senken. Basel-Stadt verfügt heute über nigelnagelneue Schulhäuser, Spitäler und Spielplätze.

Nun, ich weiss, Basel-Stadt und Aargau lassen sich nicht so einfach vergleichen. Eine Rot-Grüne Mehrheit in diesem Kanton wäre eine grössere Überraschung als sie es damals in Basel war. Und doch dürft ihr mit gestärkter Brust hin stehen ohne röter zu werden, als ihr es jetzt schon seid, und überzeugt sagen: Wir können das besser. Denn die SP trägt Sorge zu den Einnahmen und sie sorgt dafür, dass die Kaufkraft gestärkt wird. Das ist nicht nur sozial, das ist auch wirtschaftlich der einzig richtige Weg. Es gibt keine Steuergeschenke, die wir uns nicht leisten können. Punkt. Der Aargau löst die Probleme am besten mit der SP. „Nur mit uns“.

Ihr habt getan, was ihr konntet. Die SP Aargau hat seit zwei Jahren alle Finanzabstimmungen gewonnen. Ihr konntet das letzte Abbaupaket verhindern und, ganz wichtig, die Streichung der Handänderungssteuer abwenden. Man stelle sich vor, das wäre nicht gelungen. Die Zürcher bezahlen jetzt heftig für dieses Geschenk an jene, denen es bereits bestens geht.

Die SP Aargau hat nicht nur allen Grund selbstbewusst in diese Wahlen zu gehen, sie hat mit Urs Hofmann und Yvonne Feri auch sehr gute Trümpfe.

Die Qualitäten von Urs hervor zu streichen ist wohl wie Wasser in den Rhein tragen, oder wie man bei euch sagt in die Reuss, die Limmat oder die Aare. Urs hat längst bewiesen, was er kann und wie wichtig er für den Kanton ist.

Mit Yvonne habt ihr jetzt einen zweiten Trumpf. Ich durfte Yvonne als engagierte, zielstrebige Nationalrätin kennen lernen. Sie steht mit beiden Füßen auf dem Boden und weiss, wovon sie spricht. Sie hat das Herz am rechten, besser gesagt am linken Fleck und kippt nicht um, wenn ihr scharfer Wind entgegen weht. Und vor allem hat sie Exekutiverfahrung. Sie ist eine hervorragend qualifizierte Kandidatin für uns als SP und für alle Aargauerinnen und Aargauer.

Die Parteileitung der SP Schweiz wünscht euch, Urs und Yvonne und allen Kandidatinnen und Kandidaten einen riesigen Erfolg. Dem Aargau zuliebe. Nicht ohne uns.